

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Aussendung zur Lebenshilfe

Datum: Fri, 17 Dec 2010 13:24:06 +0100

Von: Tiroler VP - Presse <Presse@tiroler-vp.at>

An: Tiroler VP - Presse <Presse@tiroler-vp.at>

Sehr geehrte Medienvertreter!

Im Auftrag von LAbg. Jakob Wolf übermittle ich ihnen eine Aussendung zum Thema "Lebenshilfe Tirol" mit der Bitte um Veröffentlichung

LAbg. Jakob Wolf: „Hatz gegen Lebenshilfe Tirol ist unwürdig und schadet massiv!“

Der Landtagsabgeordnete der Tiroler Volkspartei, selbst Obmann der Lebenshilfe im Bezirk Imst, Mag. Jakob Wolf bezeichnet die derzeit laufende Hatz gegen die Lebenshilfe Tirol als unwürdig und fordert alle, die sich daran beteiligen auf, sich zurückzunehmen. Wolf: „Die Lebenshilfe Tirol ist der größte soziale Dienstleistungsanbieter in Tirol und täglich nehmen rund 1.400 Menschen mit Behinderung die Dienstleitungen der Lebenshilfe in Anspruch. Rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich in den zahlreichen Einrichtungen, oft auch rund um die Uhr, um diese Menschen mit Behinderungen. Es gibt zahlreiche Funktionäre, die seit Jahren ehrenamtlich für diese Einrichtungen arbeiten und tausende Spenderinnen und Spender ermöglichen mit ihren Mitteln erst, dass die Lebenshilfe Tirol menschliche Zuwendung und Betreuung möglich macht.“

Wenn sich nun bestimmte Kräfte täglich bemühen, die gesamte Einrichtung der Lebenshilfe Tirol „madig“ zu machen, von „unsauberem Umgang mit Spendengeldern“ sprechen und die Lebenshilfe sogar in ein „kriminelles Eck“ gestellt wird, so schadet diese Kampagne dieser Einrichtung massiv. Insbesondere Vorwürfe, Spendengelder seien nicht ordnungsgemäß verwendet worden, führen zu großer Verunsicherung und letztlich dazu, dass die Lebenshilfe Tirol und damit die Menschen mit Behinderung massiven Schaden erleiden. „Daher fordere ich alle auf, sich mit Kommentaren und Vorwürfen zurückzuhalten. Die Staatsanwaltschaft wird gebeten, ihre Ermittlungen gegen Präsident Dr. Zobl rasch zu einem Ergebnis zu bringen“, so Wolf.

Was den Vertrag zwischen dem Land Tirol und der Lebenshilfe Tirol betrifft und der an diesem Vertrag vom Landesrechnungshof geübten Kritik, habe LAbg. Wolf mit dem zuständigen Landesrat Gerhard Reheis bereits vereinbart, bei einem gemeinsamen Termin Anfang Jänner die offenen Punkte im Detail zu besprechen. „Wir werden bei dieser Besprechung mit LR Reheis, Präsident Zobl sowie den Geschäftsführern der Lebenshilfe im Detail klären, welche Unterlagen das Land noch wünscht, weil eine Reihe von Unterlagen bereits in der Vergangenheit jährlich geliefert wurden, sodass damit dann sichergestellt ist, dass der Vertrag zwischen der Lebenshilfe und dem Land Tirol auf Punkt und Beistrich eingehalten wird“, erklärt Wolf.

Die Vorwürfe gegen Präsident Zobl in Zusammenhang mit einer Honorarnote als Notar für eine Erbschaft seien lächerlich und zurückzuweisen. Jakob Wolf: „Diese Erbschaft wäre nach Deutschland und nicht an die Lebenshilfe gegangen, hätte sich Notar Zobl nicht vehement für diese Erbschaft eingesetzt und damit erreicht, dass in 27 Gerichtsverhandlungen letztlich die Erbschaft der Lebenshilfe zugesprochen wurde.“

Zudem hätte der Lebenshilfe jede Beauftragung eines anderen Rechtsvertreters mehr gekostet, weil Dr. Zobl 50 Prozent Honorarnachlass gewährt habe.

Vorwürfe, wonach die Lebenshilfe Tirol mit Spenden „unsauber umgehe“ bzw. gar keine Spenden brauche, weil alles das Land Tirol zahlt, seien zurückzuweisen. Als Obmann des Bezirkes Imst habe ich Einblick in die einlangenden Spenden und kann garantieren, dass hier kein Cent unrechtmäßig verschwendet wird. Und es ist auch unrichtig, dass die Lebenshilfe keine Spenden brauche, weil alles von den Gemeinden und vom Land bezahlt würde. Wolf: „Mit dem vom Land Tirol gewährten Tagsätzen und Investitionszuschüssen können wir leider nicht alles abdecken, was quer über das Land für Menschen mit Behinderung notwendig ist. Daher sind wir sehr wohl auf Spenden angewiesen. Wenn es aber tatsächlich so wäre, dass Land und Gemeinden sämtliche Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung finanziell abgelten würden“, so Wolf, „dann bräuchten wir ja auch die Aktion ‚Licht ins Dunkel‘ nicht.“ Daher abschließend noch einmal mein Appell: „Halten sie sich bitte mit Vorwürfen zurück, sie schaden damit einer wichtigen Einrichtung, die vor allem die Menschen mit Behinderung in Tirol und wir alle dringend brauchen.“

<<Wolf_Lebenshilfe.doc>>

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Müllegger

Dr. Bernhard Müllegger
Politischer Referent

Tiroler Volkspartei - Hauptgeschäftsstelle

Fallmerayerstrasse 4

A-6020 Innsbruck

T: +43 512 5390-132

F: +43 512 5390-115

M: +43 664 8397 869

@ b.muellegger@tiroler-vp.at

www.tiroler-vp.at

Diese Nachricht und allfällige angehängte Dokumente sind vertraulich und nur für den/die Adressaten/in bestimmt. Sollten Sie nicht der/die beabsichtigte Adressat/in sein, ist jede Offenlegung, Weiterleitung oder sonstige Verwendung dieser Information nicht gestattet. In diesem Fall bitten wir, den Absender zu verständigen und die Information zu vernichten. Für Übermittlungsfehler oder sonstige Irrtümer bei Übermittlung besteht keine Haftung. Wenn Sie uns ein e-mail senden wollen, berücksichtigen Sie bitte, dass die Verwendung des Internet auch mit Risiken verbunden ist, wie der Möglichkeit, dass Nachrichten auch durch Dritte gelesen werden können sowie Nachrichten verspätet und unbeabsichtigt verändert sein oder verloren gehen können.